

# POLIS



**20. Juli 1944**

**Versuch eines Militärputsches**

**sowie einer politisch-sozialen Revolution**



Eine Schriftenreihe der  
Hessischen Landeszentrale  
für politische Bildung

Verbindungen  
zum politischen Widerstand  
im Rhein-Main-Gebiet

von Axel Ulrich

23

---

# POLIS

POLIS soll ein Forum für Analysen, Meinungen und Debatten aus der Arbeit der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung sein. POLIS möchte zum demokratischen Diskurs in Hessen beitragen, d.h. Anregungen dazu geben, wie heute möglichst umfassend Demokratie bei uns verwirklicht werden kann. Der Name POLIS erinnert an die große geschichtliche Tradition dieses Problems, das sich unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen immer wieder neu stellt.

Politische Bildung hat den Auftrag, mit ihren bescheidenen Mitteln dazu einen Beitrag zu leisten, indem sie das demokratische Bewußtsein der Bürgerinnen und Bürger gegen drohende Gefahren stärkt und für neue Herausforderungen sensibilisiert. POLIS soll kein behäbiges Publikationsorgan für ausgereifte akademische Arbeiten sein, sondern ohne große Zeitverzögerung Materialien für aktuelle Diskussionen oder Hilfestellungen bei konkreten gesellschaftlichen Problemen bieten. Das schließt auch mit ein, daß Autoren zu Wort kommen, die nicht unbedingt die Meinung der HLZ widerspiegeln.

Herausgeber: Hessische Landeszentrale für politische Bildung

Redaktion: Renate Knigge-Tesche  
Wiesbaden 1997

# Vorwort

Die westdeutsche Forschung hatte dem Widerstand des „20. Juli 1944“ und seinen durch die Nazis hingerichteten Protagonisten – der „Volksgerichtshof“ fällte im Laufe von über 50 Prozessen rund 110 Todesurteile – lange Zeit größte Aufmerksamkeit gezollt. Meist völlig übersehen wurde dabei bis heute, daß ein solch riskantes Unterfangen wie der Staatsstreich gegen das bereits ein gutes Jahrzehnt über Europa herrschende NS-Gewaltregime kaum Sache nur weniger Hundert Militärs und Zivilisten hatte sein können.

Angeichts des – trotz absehbarer Niederlage – immer noch großen Rückhalts, den Hitler und seine Vasallen in der deutschen Bevölkerung genossen, des zunehmenden Fanatismus seiner Schergen in allen Städten und Gemeinden und der Besetzung nahezu aller Schaltstellen des „Dritten Reichs“ mit strikten Gefolgsleuten der NSDAP wäre der Versuch, das Regime zu stürzen, ohne die Gewißheit eines verlässlichen Netzes ziviler Widerstandsgruppen im Untergrund ein bloßes Hasardeurstück gewesen.

Eben jene zahlreichen Verbindungen des militärischen Widerstandes zu den zivilen Regimegegnern aus unterschiedlichen politischen Lagern – Konservative, Liberale, Sozialdemokraten und Gewerkschafter –, die Axel Ulrich für das Rhein-Main-Gebiet aufgrund langjähriger Arbeiten zum Widerstand nachzeichnet, sollten das Fundament bilden für den geplanten Neuaufbau eines demokratisch-rechtsstaatlichen und sozial verantwortlichen deutschen Staates nach erfolgreichem Umsturz.

Ulrich weist exemplarisch auf mehr als 20 Städte und Gemeinden hin, in denen der „20. Juli“ über eine zivile Verankerung verfügte, und macht rund 60 Personen in der Region Rhein-Main namhaft, die hier nach dem Sturz Hitlers in vorderster Front für die Übernahme politischer Verantwortung bereitstanden. Ihre Einbindung in die Vielzahl der dargelegten Gruppenstrukturen läßt zu Recht den Schluß zu, daß der zivile Widerstand als Basis des „20. Juli“ allein in dieser Region wohl weit über 500 Personen erfaßt haben dürfte. Diese wiederum verfügten über Kontakte zu weiteren Oppositionellen, welche aus Gründen der konspirativen Absicherung erst in einer späteren Phase zur Mitarbeit herangezogen werden sollten.

**Primat der zivilen  
Opposition**

**5**

**Grundsätzlicher  
politischer und  
moralischer  
Neubeginn  
war das Ziel**

**6**

**Bündelung des  
antinazistischen  
Kräftepotentials**

**7**

**Der Widerstand  
war keineswegs  
winzig**

**8**

**Die Opfer des  
„20. Juli“ – nur die  
Spitze eines  
Eisbergs**

**9**

**Die breite zivile  
Basis der Ver-  
schwörung blieb  
auch im Wehrkreis  
XII unentdeckt**

**10**

**Hiesige Stützpunkte  
der Leuschner-  
Organisation**

**11**

**Frühe Hinweise  
auf den  
zivilen Untergrund  
des „20. Juli“**

**15**

**Zum Beispiel  
die Zentrale  
der Verschwörung  
in Wiesbaden**

**17**

**Ankoppelung auch  
ziviler bürgerlicher  
Widerstandskreise**

**18**

**Die oberste  
Führungsriege  
des „20. Juli“ gab  
ihre Mitstreiter**

**nicht preis**

**21**

**Der „20. Juli“ zählt  
zu den Funda-  
menten unserer**

**Demokratie**

**21**

**Anmerkungen**

**22**

Der beabsichtigte Staatsstreich war also nicht – wie Hitler aus Propagandazwecken behauptete – Sache einer kleinen Verschwörerclique, noch fußte er allein auf Überlegungen von Vertretern des Militärs. Das Attentat Stauffenbergs auf Hitler im „Führerhauptquartier Wolfschanze“ am 20. Juli 1944 war Ergebnis langer und durchaus kontroverser Diskussionen zwischen den führenden Vertretern des militärischen und denen des zivilen politischen Widerstandes nicht zuletzt um die Frage, welche Gestalt ein Deutschland nach Hitler erhalten solle. Ohne das weitverzweigte Netz untereinander lose verbundener ziviler Gruppierungen von Nazigegnern, welche im Falle des geglückten Umsturzes die Garantie ihres aktiven Einsatzes für eine politische und soziale Revolution in die Waagschale zu werfen gewillt waren, wäre der Versuch, dieses mörderische System in die Knie zu zwingen, von vornherein zu Scheitern verurteilt gewesen. Daß er dennoch scheiterte, ist jenen Kräften nicht anzulasten, die sich in Städten und Gemeinden für einen Neubeginn bereit hielten.

Gleichwohl hat die historische Forschung – ungeachtet der regionalen Gegebenheiten sowie schon früh nach Kriegsende vorgelegter Hinweise, etwa durch Emil Henk, aber auch durch Willy Knothe – die Hitlersche Propagandabehauptung von der geringen Zahl aktiver Regimegegner ungeprüft übernommen und die erwähnten Angaben von Zeitzeugen als überhöht abgelehnt bzw. gar nicht zur Kenntnis genommen.

Allein die Tatsache, daß sofort nach dem Sieg der Alliierten Männer und Frauen des Widerstandes in allen Regionen des untergegangenen Reichs die Geschicke vor Ort in die Hand nahmen und zu Gründern unserer heutigen Demokratie wurden, hätte die Historiker eigentlich stutzig machen und zur genaueren Analyse anspornen müssen. Der akribischen Recherche Axel Ulrichs nach den historischen Zusammenhängen des Widerstandes im Rhein-Main-Gebiet ist es zu verdanken, daß wir nicht nur Henks und Knothes frühe Schätzungen bestätigt finden, sondern daß darüber hinaus durch Namhaftmachung von Personen und Orten sowohl Umfang als auch politische Differenzierung des zivilen Anteils am Widerstand des „20. Juli“ wieder plastisch sichtbar werden.

Renate Knigge-Tesche

# 20. Juli 1944 – Versuch eines Militärputsches sowie einer politisch-sozialen Revolution

## Verbindungen zum politischen Widerstand im Rhein-Main-Gebiet

Durch Stauffenbergs Attentat auf Hitler im „Führerhauptquartier Wolfsschanze“ bei Rastenburg in Ostpreußen am 20. Juli 1944 und die anschließende Operation „Walküre“ sollte von Berlin aus eigentlich ein allgemeiner militärischer Aufstand ausgelöst werden, gefolgt von einer Erhebung zahlreicher, untereinander konspirativ vernetzter ziviler Widerstandskreise im ganzen Land.<sup>1</sup> Binnen nur eines halben Tages war aber das ganze Unternehmen in sich zusammengebrochen, auf welches militärische und zivile Widerstandskräfte seit Jahren hingearbeitet hatten. Entscheidend für das Scheitern der Aktion waren – neben der Tatsache, daß der Diktator den Anschlag überlebt hatte, sowie etlichen anderen Unwägbarkeiten – auch unverkennbare organisatorische Schwächen. Hierzu zählten nicht zuletzt die Doppelfunktion Stauffenbergs: Ausführung des Attentats und anschließend Übernahme der Gesamtleitung des Putsches in der Reichshauptstadt, desgleichen die nicht gelungene nachrichtentechnische Isolierung der Befehlszentralen des Regimes, die fehlende Indienstrahme der Rundfunkeinrichtungen und die nicht erfolgte Verhaftung aller greifbaren regimetreuen Entscheidungsträger, schließlich die doch recht zögerliche Haltung vieler involvierter Offiziere in den meisten Wehrkreisen.

## Primat der zivilen Opposition

Nach dem Putsch hätte nicht etwa eine Militärdiktatur etabliert werden sollen, wengleich Skepsis angebracht ist, ob die Offiziere die Macht so schnell wieder aus den Händen gegeben haben würden. Aber nachdem die Militärs den unabdingbaren ersten Schlag erfolgreich geführt hätten, wozu einzig und allein sie sich eine Chance ausrechnen konnten, war geplant gewesen, die in die Verschwörung unmittelbar einbezogenen Zivilisten – Konservative, Liberale, Sozialdemokraten und Gewerkschafter – sofort nachrücken zu lassen, um sogleich die mit ihnen in loser informeller Verbindung stehenden zivilen Widerstandsgruppen auf den Plan zu rufen. In der von den Frondeuren bereits

konzipierten neuen Regierung sollten nur solche Posten von Militärs bekleidet werden, die diesen von ihrer fachlichen Kompetenz her auch zustanden. Die rekonstruierten Varianten der Kabinettsliste<sup>2</sup> belegen sämtlich das Primat der zivilen Opposition: Carl Goerdeler wäre das Amt des Reichskanzlers zugefallen, Wilhelm Leuschner war als Vizekanzler, Ludwig Beck als Staatsoberhaupt, Paul Löbe als Reichstagspräsident, Ulrich von Hassell oder Friedrich Werner Graf von der Schulenburg als Außenminister vorgesehen, und so fort; Helmuth James Graf von Moltke, Peter Graf Yorck von Wartenburg vom „Kreisauer Kreis“, desgleichen Stauffenberg und auch Beck hatten freilich auf einen raschen Wechsel dieser Übergangsregierung gehofft, um dann den ansonsten als Innenminister eingeplanten Julius Leber zum Kanzler zu machen.<sup>3</sup> Beck hätte womöglich später durch Leuschner abgelöst werden sollen. Wie auch immer, der „20. Juli“ war beides: der Versuch eines Militärputsches und der einer daraus resultierenden politisch-sozialen Revolution<sup>4</sup>, allerdings wohl kaum mit der Perspektive einer Rückkehr zu einer parlamentarischen Regierungsform Weimarer Zuschnitts.<sup>5</sup>

## Grundsätzlicher politischer und moralischer Neubeginn war das Ziel

Die verschiedenen Gruppen und Personen, die sich im „20. Juli“ zusammengefunden hatten, waren bis zuletzt in vieler Hinsicht uneins geblieben. So waren von ihnen autoritäre, liberale und demokratische, ständestaatliche, sozialstaatliche, auch sozialistische Herrschaftsmodelle zwangsläufig recht kontrovers diskutiert, sogar die Etablierung einer parlamentarischen Monarchie war von einigen erwogen worden. In einem Punkt jedoch hatten alle schließlich übereingestimmt: Dieses Regime mußte beseitigt werden, koste es, was es wolle. Nur die radikale Umkehr der ganzen Nation könnte überhaupt eine Basis für deren Fortbestehen nach der absehbaren militärischen Niederlage bzw. für einen politischen und moralischen Neubeginn schaffen nach all den ungeheuerlichen, an sämtlichen Fronten, in den besetzten Gebieten, in den Konzentrations- und Vernichtungslagern, auch in allen Städten und Gemeinden Deutschlands begangenen Verbrechen. Die für den Fall eines geglückten Staatsstreichs von Beck und Goerdeler vorbereitete „Regierungserklärung“ sah daher die unverzügliche Rückkehr zur Rechtsstaatlichkeit vor, die Bestrafung aller Schuldigen, die sofortige Einstellung der Judenverfolgung, die Auflösung der Konzentrationslager, des weiteren die Wiederherstellung der Geistes-, Gewissens-, Glaubens- und Meinungsfreiheit, Neuordnung der Verwaltung, Auflösung Preußens, freie Entfaltungsmöglichkeiten für die Wirtschaft unter Berücksichtigung sozialstaatlicher Grundsätze und – allem voran – die Herbeiführung

des Friedens. Man hoffte darauf, daß die neue nichtnazistische Reichsregierung von den Feindmächten als Verhandlungspartner akzeptiert würde. Umgehend sollte diese erst den Waffenstillstand erwirken und dann – nach Räumung aller besetzten Gebiete – einen Friedensvertrag aushandeln, durch den die Existenz des Deutschen Reiches gewahrt bliebe. Nur so ließe sich *„die Grundlage für eine gesicherte Zukunft auch unseres Volkes in einer wieder von Vertrauen, von gesunder Arbeit und friedlichen Gefühlen erfüllten Völkerfamilie schaffen“*.<sup>6</sup> Nicht wenige spekulierten indes auf einen – völlig illusionären – Separatfrieden mit den Westmächten, um den Rücken frei zu bekommen für die Fortsetzung des Waffengangs gegen die Sowjetunion.

## Bündelung des antinazistischen Kräftepotentials

Daß die Fülle brisanter politischer, militärischer, sozialer und wirtschaftlicher Probleme ausschließlich durch Bündelung des vorhandenen antinazistischen Kräftepotentials bewältigt werden könnte, stand für sämtliche Gruppen der Opposition ebenfalls fest. Deshalb wollten die „Kreisauer“, die Gewerkschaftsführer sowie Stauffenberg verhindern, daß im neuen Staate *„politische Parteien bisheriger Art“* das Sagen erhielten<sup>7</sup>; Carlo Mierendorff hatte in seinem Aufruf zur *„Sozialistischen Aktion“* eine *„überparteiliche Volksbewegung zur Rettung Deutschlands“*<sup>8</sup> vorgeschlagen, auch Goerdeler rechnete damit, daß seine Regierung von einer solchen *„Volksbewegung“* getragen werden würde, wiewohl er ansonsten jedes Zusammengehen mit den Kommunisten strikt ablehnte. Jakob Kaiser, Max Habermann, Leuschner und ihre Freunde faßten die Schaffung einer einzigen *„Partei der Arbeit“* ins Auge, gegebenenfalls nach dem Vorbild der Labour Party; andere dachten zusätzlich an die Gründung einer Bürgerpartei sowie einer Partei bloß für die Bauernschaft; Andreas Hermes hatte die Bildung einer Einheitspartei für alle *„Bürger, Bauern und Arbeiter“* ins Gespräch gebracht.<sup>9</sup> Sogar Ludwig Beck meinte im Mai 1944 gegenüber dem berühmten bürgerlich-liberalen Historiker Friedrich Meinecke, auch dieser ein überzeugter Gegner der Nazis, man müsse nach dem Ende der Diktatur eine *„antinazistische Einheitspartei“* bilden, die das gesamte politische Spektrum *„von der äußersten Rechten bis zu den Kommunisten“* erfasse.<sup>10</sup> Solche Einheitsüberlegungen, die im Ansatz auch für Julius Leber, Adolf Reichwein, Moltke sowie Stauffenberg festzustellen sind, hatten allerdings rein nichts gemein mit jenem Zerrbild einer *„Demokratie“*, gestützt auf eine *„Einheitspartei“* unter kommunistischen Vorzeichen, die dann im Frühjahr 1946 in der Sowjetischen Besatzungszone installiert wurde.

Einen Nachhall hatte das umfassende Zweckbündnis des „20. Juli“ gleichwohl: Die aus ehemals heillos zerstrittenen politischen Richtungen stammenden Demokraten der *„ersten Stunde“* bemühten sich nach der Erlösung vom Joch

der NS-Gewaltherrschaft darum, den Gedanken der rechtzeitigen und dauerhaften Kooperation aller zur Verfügung stehenden Kapazitäten zur Bewältigung der drängenden Tages- und Zukunftsaufgaben zu bewahren und zur Richtschnur ihres weiteren politischen Handelns zu machen.<sup>11</sup> Daher gehört gerade der Widerstand des „20. Juli“ unmittelbar zu den Fundamenten der Bundesrepublik Deutschland.

## Der Widerstand war keineswegs winzig

In diesem Zusammenhang ist auf folgendes aufmerksam zu machen: Keineswegs nur bei uns, vor allem auch im Ausland, hält sich hartnäckig die Fama, es hätten während des „Dritten Reiches“ nur sehr wenige Deutsche den Mut zu Zivilcourage und Widerstand gefunden. Sicherlich gehörte damals die überwiegende Mehrheit in unserem Land zu den Tätern, zu den Mittläufern und Claqueuren des Regimes und nicht zuletzt zu dessen duldsamen Zuschauern. Es darf aber nicht übersehen werden, daß während der ganzen zwölfjährigen NS-Gewaltherrschaft weit über eine Million Reichsbürger aus politischen oder aus ethisch-religiösen Gründen für kürzere oder längere Zeit in Konzentrationslagern festgehalten wurden und etwa 130.000 nichtjüdische Deutsche ihr Leben lassen mußten, weil sie Hitler und seinem Herrschaftssystem aktiv oder passiv widerstanden haben.<sup>12</sup> Hierzu zählt der von den militärischen und den zivilen – sozialdemokratischen, linkssozialistischen, kommunistischen, gewerkschaftlichen, bürgerlichen, katholischen und protestantischen – Gruppen, Zirkeln und Einzelpersonen geleistete Widerstand ebenso wie jener der vielen namenlos gebliebenen Menschen, die Verfolgten Hilfe gewährten oder die auf mancherlei Weise ihre Stimme zum Protest erhoben. Man muß sich natürlich davor hüten, ins andere Extrem zu fallen und aus den Statistiken zur politischen Verfolgung eine „Massenbewegung“ des Widerstandes zu konstruieren. Aber aus dem Untergrund hätten sich sicherlich Tausende, wenn nicht Zehntausende zur Durchsetzung der politischen Zielvorstellungen des „20. Juli“ mobilisieren lassen. Ein beachtliches Potential von Menschen, die sich mit dem Nazifaschismus niemals einverstanden erklärten, war real vorhanden. Es muß darüber hinaus berücksichtigt werden, daß die genannten Zahlen nur solche Menschen erfassen, die der Denunziationslust ihrer Nachbarn oder der Gestapo zum Opfer gefallen sind. So perfekt vermochte auch der faschistische Fahndungsapparat zu keiner Zeit zu arbeiten, als daß es ihm gelungen wäre, sämtlicher Regimegegner habhaft zu werden. Viele Deutsche, die sich unentdeckt in aktiver oder in innerer Opposition zum NS-Staat befanden, wären ohne jeden Zweifel sofort zur Stelle gewesen, wenn der Diktator und seine Vasallen erst einmal von ihrem Podest gestürzt worden wären.



# Die Opfer des „20. Juli“ – nur die Spitze eines Eisbergs

Noch in der Nacht nach dem Scheitern des Umsturzversuchs von Beck, Stauffenberg, Olbricht und ihren Getreuen erfolgten in Berlin und überall im Deutschen Reich die ersten Verhaftungen. Schon am 21. Juli 1944 wurde im Amt IV des Reichssicherheitshauptamtes die „Sonderkommission 20. Juli“ mit zeitweise bis zu 400 Mitarbeitern gebildet. Ihre Tätigkeit führte zur Festnahme von mindestens 600 Personen, darunter auch Unterstützer, Fluchthelfer und Familienangehörige. In einer Serie von über 50 Prozessen wurden am Ende durch den „Volksgeschichtshof“ mehr als 110 Todesurteile verhängt.<sup>13</sup> Diese vergleichsweise geringe Zahl von Hingerichteten bzw. der insgesamt im Zusammenhang mit dem „20. Juli“ Festgenommenen wurde später häufig bemüht, Hitlers Propagandakonstrukt von der angeblich winzigen Verschwörerclique bestätigt zu sehen. Dementgegen hätte allein schon die Logik erkennen lassen müssen, daß ein Staatsstreich nur weniger hundert Offiziere und Zivilisten ohne jeden weiteren Rückhalt nichts anderes gewesen wäre als das Unternehmen von Hasardeuren. Die deutliche Präsenz sozialdemokratischer Politiker und Gewerkschafter an der Spitze der geplanten Zivilregierung hat gleichfalls nur selten stützig gemacht. Mehr noch: Gerade diese Kräfte, aber auch die in die Verschwörung eingebundenen christlichen Gewerkschafter, werden erstaunlicherweise bis heute – anders als im Falle der Kreise um Beck, Goerdeler, von Hassell sowie um Graf Moltke – meist nur als Personen ohne jeden weiteren organisatorischen bzw. konspirativen Hintergrund wahrgenommen.

Wer sich mit der Erforschung von Widerstandsaktivitäten beschäftigt, weiß, daß die in den Anklage- und Urteilsschriften zutage tretenden „Fakten“ oft nur Indikatoren sind für viel komplexere illegale Strukturen, die von den Verhafteten nicht preisgegeben wurden bzw. von ihnen gar nicht verraten werden konnten. Die NS-Ermittler selbst waren sehr bald darüber im Bilde, daß die Strukturen des „20. Juli“, die sich ihnen offenbarten, nichts anderes waren als nur die Spitze eines Eisbergs. Diese Erkenntnis erbrachten die scharfen Verhöre der zivilen und militärischen Anführer des Aufstandsversuches während der nächsten Wochen und Monate, im Prinzip bereits die Vernehmung von Oberleutnant Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg, von den Verschwörern vorgesehen eventuell als Staatssekretär im Reichsinnenministerium bzw. sogar als Innenminister. Dieser gestand, daß dem „20. Juli“ ein *„differenziertes System der Unterterrichtung“* zugrunde gelegen habe: Nur *„ganz wenige Personen“* hätten Kenntnis über bestimmte hochbrisante Dinge wie etwa die Sprengstofffrage gehabt, eine etwas größere, aber ebenfalls sehr klein gehaltene Gruppe sei *„in den Attentatsplan eingeweiht“* gewesen; ein wiederum *„etwas weiterer Kreis“* sei *„über die Tatsache unterrichtet“* gewesen, *„daß ein gewaltsames Unterneh-*

men gestartet werden sollte“, wobei offengeblieben sei, „inwieweit der Führer ausgeschaltet werden sollte“; endlich hätte es einen „Kreis von Personen“ gegeben, „mit denen nur über den Ernst der Lage“ oder die „Notwendigkeit des militärischen Ausnahmezustandes“ gesprochen worden sei. Jeder einzelne habe nur solche Informationen erhalten, die für seinen unmittelbaren Aufgabenbereich unbedingt vonnöten waren. Dieses „konspirative System der Geheimhaltung und des aufgeteilten Vertrauens“ habe bis in die oberste Führungsebene – Beck, Goerdeler und Stauffenberg – Anwendung gefunden.<sup>14</sup> Im Klartext: Die ersten beiden Gruppen waren am 20. Juli 1944 zunächst aktiv hervorgetreten, in der dritten Gruppe sind die für die einzelnen Wehrkreise bestimmten „Verbindungsoffiziere“ und „Politischen Beauftragten“ zu sehen, die erst am Abend mobilisiert werden sollten, und die vierte Gruppe schließlich war der Kreis der von letzteren als flankierende Maßnahme zu aktivierenden Vertrauensleute in Stadt und Land; daß diese ihrerseits über konspirative Verbindungen zu weiteren oppositionellen Gruppen vor Ort verfügten, davon konnten die Verschwörer ausgehen. Überhaupt scheint man in einigen Fällen die Bereitschaft zur Mitarbeit einfach vorausgesetzt zu haben, ohne sich bei den ins Auge gefaßten Personen zu vergewissern. Auch waren bestimmte Überschneidungen zwischen den diversen Gruppen dieses konspirativ abgestuften Systems nicht ausgeschlossen, so bei Stauffenberg, der in der ersten und in der zweiten Kategorie wirksam wurde, oder bei Hermann Kaiser aus Wiesbaden, der in der zweiten und dritten Gruppe zum Einsatz kam bzw. kommen sollte. Es ist evident, daß das Prinzip der strukturellen Abschottung, ohne Frage übernommen aus der Praxis politischer Geheimbünde und nun aktuell aus dem Widerstand der Kader der verbotenen Arbeiterbewegung, auch durch die Folter nur partiell geknackt werden konnte.

## Die breite zivile Basis der Verschwörung blieb auch im Wehrkreis XII unentdeckt

Den Fahndern des NS-Terrorregimes gelang es nach dem „20. Juli“ in der Hauptsache lediglich, die erstgenannten Führungsgruppen sowie den Personenkreis der durch die Befehle zu ihrer Heranziehung sichtbar gewordenen „Verbindungsoffiziere“ sowie der „Politischen Beauftragten“ bzw. „Unterbeauftragten“ in den Wehrkreisen zu ermitteln und festzunehmen. Nur in seltenen Fällen vermochten sie Verbindungen aufzudecken, die hinab zur vierten Ebene der Konspiration – also zur Basis – reichten. Wer im Bereich des Stellvertretenden Generalkommandos des Wehrkreises XII Wiesbaden, zuständig u.a. für das westliche Rhein-Main-Gebiet, Rheinhessen, die Pfalz und das Saargebiet, die Scharnierfunktion zwischen militärischer und ziviler Führungsebene des

„20. Juli“ und dem politischen Widerstand an der Basis hätte ausüben sollen, war am Abend des Umsturzversuchs durch das entsprechende Fernschreiben General Erich Hoepners offenbar geworden: Als „*Politischer Beauftragter*“ war Ludwig Schwamb aus Frankfurt am Main bzw. aus Berlin, als dessen „*Unterbeauftragter*“ Bartholomäus Koßmann aus Saarbrücken, als „*Verbindungsoffizier*“ der Hauptmann der Reserve Hermann Kaiser vom Oberkommando des Heeres (OKH) vorgesehen.<sup>15</sup>

Um welchen Personenkreis aber mochte es sich gehandelt haben, der speziell im Rhein-Main-Gebiet<sup>16</sup> als vierte Kategorie des konspirativen Systems des „20. Juli“ nicht mehr zum Einsatz gekommen war und deshalb unentdeckt blieb? Ludwig Schwamb hatte schon seit Jahren aufs engste mit der Führungsspitze der sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Untergrundbewegung kooperiert. Wie deren konspirativer Kopf, der einstige hessische Innenminister und sozialdemokratische Gewerkschaftsführer Wilhelm Leuschner, pflegte er aus Gründen der Tarnung die illegale Arbeit mit seiner beruflichen Reisetätigkeit – er war Syndikus der Schuhfabrik Tack – zu kombinieren, oft hatten beide sogar ihre Touren aufeinander abgestimmt. Von Berlin und später zusätzlich von Frankfurt bzw. Aschaffenburg aus unterhielt Schwamb heimliche Kontakte in vielen Städten des Deutschen Reiches, besonders im Bereich der heutigen Bundesländer Hessen und Rheinland-Pfalz. Es war naheliegend, daß er auf Gesinnungsfreunde zurückgriff, die ihm aus seiner früheren politischen und beruflichen Tätigkeit als Rechtsanwalt in Mainz, als Vorsteher des Finanzamts Oppenheim sowie schließlich als Staatsrat im Innenministerium des Volksstaates Hessen in Darmstadt vertraut waren. Zu erinnern ist in diesem Zusammenhang auch Leuschners erster Versuch, gemeinsam mit Mierendorff, Ludwig Bergsträsser, Heinrich G. Ritzel, Emil Schmidt, Siegfried Höxter und anderen sozialdemokratischen Aktivisten im Frühjahr 1933 in Frankfurt und Umgebung die Basis für ein erstes regionales konspiratives Vertrauensleutesystem zu schaffen; durch die Brachialgewalt der einsetzenden Verfolgung war dieser „Prototyp“ einer Untergrundbewegung seinerzeit jedoch bereits in der Anlaufphase gescheitert.<sup>17</sup>

## Hiesige Stützpunkte der Leuschner-Organisation

Geraume Zeit nach seiner Entlassung aus dem KZ hatten Leuschner und einige seiner politischen Freunde den Aufbau einer einsatzfähigen illegalen Struktur reichsweit – und speziell erneut im Rhein-Main-Gebiet und in Rheinhessen – in Angriff genommen, unverzichtbare Operationsbasis für den Fall des erfolgreichen Umsturzes bzw. für den sich hieran anschließenden politischen Wiederaufbau. Ludwig Schwamb fungierte als konspirativer Leiter des gesamten politischen Organisationsbezirks zwischen Kassel und Heidelberg.

Für Südhessen stand ihm der Oppenheimer Jakob Steffan zur Seite, bis 1933 SPD-Abgeordneter im Landtag des Volksstaates Hessen, im Bereich Nordhessens der Frankfurter bzw. Darmstädter Gewerkschaftsfunktionär Willi Richter; letzterer war gleichzeitig für die gewerkschaftliche Illegalität im ganzen Bezirk zuständig und diesbezüglich Leuschner auch direkt verantwortlich. In den einzelnen Städten und Gemeinden war die Leitung erfahrenen, zumeist sozialdemokratischen Politikern, Gewerkschaftern und Verwaltungsspezialisten übertragen worden. Diesen oblag es, weitere geeignete Mitarbeiter heranzuziehen. In Frankfurt beispielsweise hatte Kriminalrat Christian Fries die Führung inne. Neben Willi Richter waren hier der Schweizer Geschäftsmann Mario Arhini und dessen Mitarbeiter Willy Knothe, sodann Fritz List, Karl Kirchner, Karl Althelm und etliche andere in die Konspiration einbezogen; sie verfügten über Verbindungen zu weiteren zivilen und zu militärischen Widerstandskreisen an der ganzen Region bis nach Gießen, zur Zentrale in Berlin und sogar ins Ausland. Auch der frühere Reichswehrminister Gustav Noske war hier mit von der Partie. Er war zeitweilig für den Posten des Regierungschefs in Hessen-Nassau nach einem gelungenen Umsturz im Gespräch, bis man später wohl Ludwig Schwamb hierfür ins Auge faßte. Noske sollte zuletzt – zusammen mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten von Thüringen August Frölich – als „*Politischer Beauftragter*“ die Beratung des „*Verbindungsoffiziers*“ und über diesen die des Befehlshabers im Wehrkreis IX Kassel übernehmen. Es ist ersichtlich, daß die Organisationsstrukturen des zivilen Arms des „20. Juli“ anderen Kriterien folgten als sie im Bereich der Militärverschwörung erforderlich waren.

In Darmstadt war Heinrich Zinnkann zuständig, bis 1933 SPD-Fraktionsvorsitzender im Landtag des Volksstaates Hessen, mit dem wiederum Ludwig Metzger, einst Vorsitzender des Bundes der religiösen Sozialisten in Hessen, Professor Ludwig Bergsträsser und andere Sozialdemokraten kooperierten; Bergsträsser hatte 1942 für Leuschner eigens einen Verfassungsentwurf unter dem Titel „*Wiederherstellung*“ ausgearbeitet. In Neu-Isenburg existierte um den früheren Bibliotheksrat Dr. Wilhelm Weinreich, auch er Sozialdemokrat, den Arzt Dr. Hans Hayn sowie den Zahnarzt Dr. Ulrich Boelsen eine kleine Gruppe Oppositioneller, die an ihrer Peripherie aber bis zu 100 Personen erfaßt haben soll; enge Verbindungen bestanden dort nach Frankfurt zu Christian Fries, ins Ruhrgebiet, sogar zur „*Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien*“. In Mainz war Alfred Freitag eingesetzt, vor 1933 Landespartei-sekretär der SPD in Rheinhessen, der nun eng mit einer Gruppe von Gewerkschaftern um Anton Calujek und mit einem katholischen Widerstandskreis um Ernst Doller zusammenarbeitete; hier waren offenbar nicht nur die übliche polizeiliche Aktion zur Festsetzung bzw. Liquidierung der örtlichen Führungsspitze des Regimes, sondern sogar die Durchführung eines Eisenbahnerstreiks zur Auslösung eines Generalstreiks vorbereitet worden. In Offenbach lag die Lei-

tung des Stützpunktes in Händen der sozialdemokratischen Gewerkschafter Ernst Wilhelm Widmann und Wilhelm Weber. Kleinere Stützpunkte bestanden überdies in Bensheim, Worms, Alsheim, Guntersblum, Oppenheim, Nierstein, Nieder-Olm, Ingelheim, Bingen sowie in vielen anderen Orten dieser Region. Seit 1942/43 waren außerdem einige winzige linkssozialistisch-pazifistische Gruppierungen in dieses Organisationsnetz integriert, so in Darmstadt, Frankfurt und Neu-Isenburg, wobei letztere wohl zum Teil personell identisch war mit dem engeren Kreis um Wilhelm Weinreich. Diese Gruppen hielten gleichzeitig mit ihrer Zentrale in Dortmund Kontakt, die als „Sozialistische Union“, auch als „Neue sozialistische Partei“ firmierte; von dort liefen Verbindungen zum Widerstand in den Niederlanden, auch zur bereits erwähnten „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien“. Die Kurierverbindung zwischen den südhessischen Gruppen sowie zu jenen im Ruhrgebiet wurde von Gustav Kettel realisiert, vor 1933 u.a. Leiter der Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft in Bad Ems; dieser arbeitete zudem im Auftrag Leuschners reichsweit an der Vernetzung lokaler und regionaler Widerstandsgruppen. In Frankfurt stand auch ein Vertrauensmann des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes mit dem sozialistisch-gewerkschaftlichen Sektor des „20. Juli“ in Kontakt. Und genauso wurden seit 1943/44 bis dahin allerorten weitgehend autonom gebliebene kleinere bürgerliche Oppositionszirkel in die lokalen Strukturen des Leuschner-Netzwerks eingeklinkt. Hierzu zählte etwa die Gruppe um den Arzt Dr. Bernhard Pfälzter in Hanau, dessen Verbindungen wiederum bis zum „Kreisauer Kreis“ reichten. Mitunter wurde indes auch nur eine spätere Kooperation zugesichert, so von Benno Reifenberg, der Adolf Reichweins einige Monate vor dem „20. Juli“ vorgebrachtes Ansinnen, schon vorab eine Liste aller Redakteure der Frankfurter Zeitung für die Zeit nach Hitler zur Verfügung zu stellen, unter Hinweis auf das große Verhaftungsrisiko ablehnte; auch andere Verbindungen liefen seit langem von einigen Mitarbeitern der im Sommer 1943 verbotenen Zeitung zu führenden Köpfen der Verschwörung: von Dr. Wendelin Hecht, ihrem Verlagsgeschäftsführer, sowie von den Redakteuren Reifenberg und Paul Sethe zu Carl Goerdeler, von ihrem Kollegen Rudolf Kircher zu Ludwig Beck und anderen Generalen, sodann von Robert Haerdter über Fritz Sänger zu Julius Leber, der ihn Ende Mai 1944 als Chefredakteur eines Berliner Presseorgans in Vorschlag brachte, durch das die neue Regierung publizistisch unterstützt werden sollte.<sup>18</sup>

Im Laufe der Zeit war jedenfalls eine weitverzweigte Organisationsstruktur von miteinander nur lose verbundenen Widerstandsbasen entstanden, die einzig und allein durch den gemeinsamen Willen geeint waren, im entscheidenden Moment am gleichen Strang zu ziehen. Lediglich Leuschner und seine engsten Mitstreiter wußten um das ganze Ausmaß dieses Netzwerkes, dies aber auch nur bis hinunter zur Ebene der Provinzbeauftragten oder der lokalen Stützpunktleiter. Deren weitere Kontakteleute blieben aus Sicherheitsgründen ge-

genüber den oberen Führungsebenen sowie auch meist untereinander abgeschottet. Während im Bereich der zivilen bürgerlichen Opposition Männer wie Beck, Goerdeler, auch Moltke und viele andere vor allem für die Gewinnung von Spitzenkräften aus Verwaltung, Wirtschaft, Politik usw. und für die enge Kooperation mit dem militärischen Widerstand zuständig waren, blieb Domäne der seit Jahren mit den Widerstandskreisen christlicher und liberaler Gewerkschafter kooperierenden sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Illegalität die Schaffung jenes breiten zivilen oppositionellen Fundaments für den Fall des Umsturzes. Wäre der Gestapo an irgendeiner Stelle der Einbruch in dieses solcherart abgesicherte Vertrauensleutesystem geglückt, sie hätte trotz ihrer Verhörspezialisten niemals den Gesamtkomplex oder auch nur größere Teile davon zu fassen bekommen.

Die Alarmierung bzw. Mobilisierung der untereinander bloß assoziierten Stützpunkte hätte in der Stunde X durch den Rundfunk erfolgen sollen. Danach wären die Weisungen der Wehrkreisbefehlshaber bzw. der „*Verbindungsoffiziere*“ und der „*Politischen Beauftragten*“ zu befolgen gewesen. Inhaltlich abgestufte Vorwarnungen ergingen vor Stauffenbergs Attentat nur an solche Mitstreiter, die bei der Durchführung der militärischen Umsturzaktion zum Einsatz kommen sollten, an viele der vorgesehenen Zivil- und Militärbeauftragten in den Wehrkreisen sowie an einige Stützpunktleiter vor Ort bzw. deren Verbindungsleute. Die lokale Ebene erreichten die Instruktionen meist über Kuriere oder auch durch per Post übermittelte Codewörter, wobei hier jedoch kein konkreter Termin genannt, sondern lediglich Bescheid gegeben wurde, eine Aktion gegen Hitler stehe unmittelbar bevor. Alle übrigen, auf deren Mitwirkung man zählte, sollten erst im entscheidenden Moment erfahren, daß und in welcher Form sie sich nun zur Verfügung stellen mußten. Nachdem Stauffenbergs Attentat und der Militärputsch gescheitert waren, wäre es einem Himmelfahrtskommando gleichgekommen, hätten die zivilen Widerstandskräfte dennoch den Aufstand gewagt. Für sie war es jetzt wichtiger, die eigenen Kapazitäten für die sich ohnedies abzeichnende Zeit nach Hitler und die dann anstehende wirtschaftliche und politische Wiederaufbauarbeit zu bewahren.

In Wiesbaden, also am Sitz des Stellvertretenden Generalkommandos des XII. Armeekorps, scheint – legt man allein die vorhandenen Prozeßunterlagen zugrunde – ein Stützpunkt des „20. Juli“ nicht existiert zu haben. Selbst Peter Hoffmann, der diesen Komplex bislang am gründlichsten untersucht und beschrieben hat, konnte in diesem Zusammenhang außer Kaiser, Schwamb und Koßmann zusätzlich nur noch den damals unerkannt gebliebenen Chef des Generalstabes, Generalmajor Erwin Gerlach, ermitteln.<sup>19</sup> Trotzdem hat es einen solchen Stützpunkt hier zweifellos gegeben. Ein „*Verbindungsoffizier*“, Hermann Kaiser, ein „*Politischer Beauftragter*“, Schwamb, ein ebenfalls ziviler „*Unterbeauftragter*“, Koßmann, ein Generalstabschef, Gerlach, der gegebenenfalls bereit gewesen war, „*Walküre*“ auszulösen, und dies alles ohne jede wei-

tere militärische und zivile Basis? Das sollte wohl schlecht möglich sein. Würde eine derart schmale Personaldecke für solche oder ähnliche Zwecke genügen, die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft wäre eine schier endlose Kette von Putschversuchen.

## Frühe Hinweise auf den zivilen Untergrund des „20. Juli“

An dieser Stelle ist es angebracht, auf Hinweise Emil Henks und Willy Knothes einzugehen, die nach 1945 über ihre Erfahrungen im Zusammenhang mit dem zivilen Untergrund des „20. Juli“ berichtet haben: Henk, bis zu seiner Festnahme im Herbst 1934 einer der Anführer des sozialistischen Widerstandes im Raum Mannheim/Heidelberg, seit Ende der dreißiger Jahre wiederum in enger Verbindung mit Carlo Mierendorff und Theodor Haubach und später zusammen mit diesen, auch mit Ludwig Schwamb und anderen, einer der Repräsentanten der sozialdemokratischen Untergrundbewegung im „Kreisauer Kreis“<sup>20</sup>, hat 1946 seine Detailkenntnisse über die Organisationsstruktur des Leuschner-Netzwerkes in der Region zwischen Kassel und Heidelberg sowie in Rheinhessen veröffentlicht. Hierbei hat er eine Vielzahl der schon genannten Stützpunkte und Mitwirkenden aufgeführt. Es ist bezeichnend für die Interessenlage der in den heutigen Bundesländern Hessen und Rheinland-Pfalz betriebenen Geschichtsforschung, daß es in fünf Jahrzehnten nur sehr selten für nötig befunden wurde, diesen Angaben einmal nachzugehen, um sie gegebenenfalls zu verifizieren oder zu falsifizieren. Henks Informationen wurden stets beiseite geschoben mit der Vermutung, er habe sicherlich übertrieben, als er behauptete, „ganze tausend zuverlässige Männer“ seien als „Avantgarde“ in diesem „mit am besten organisierten“ Bereich „zur Aktion bereitgestellt“ gewesen; hinter jedem einzelnen hätten jeweils „mindestens weitere zehn aktive Kämpfer“ gestanden, so daß von einem zur Verfügung stehenden Widerstandspotential „von allerwenigstens 10.000 bis 15.000 Männern“ nur in dieser Region auszugehen sei.<sup>21</sup> Nun erscheinen diese Zahlenangaben in der Tat reichlich hoch gegriffen. Aber als „Glaubensfrage“ sollten Hinweise solcher Art nicht behandelt werden, zumal wenn sie von einem ehemals an diesen Aktivitäten unmittelbar Beteiligten stammen.<sup>22</sup>

Wie umfangreich dieses Anti-Nazi-Potential – allein auf der Ebene der Aktivisten, die in revolutionären Situationen gemeinhin weitere Kräfte mit sich zu reißen pflegen – wirklich war, hat ein weiterer Beteiligter des „20. Juli“ im Rhein-Main-Gebiet bezeugt: Willy Knothe, bis zu seiner Verhaftung im Sommer 1934 zuständig für den gesamten SPD-Widerstand in Südwestdeutschland, in dieser Funktion auch mit Georg Buch in Wiesbaden konspirativ verbunden, und

dann - ab 1940 - erneut illegal tätig.<sup>23</sup> 1951 hat er einen Artikel „Zum Gedenken Wilhelm Leuschners“ verfaßt, in dem er seine Erinnerungen an eine Reihe von „Menschen und Aktionen um den 20. Juli“ ausbreitete. Knothe berichtete z.B. davon, daß er im September 1943 von Julius Leber in Berlin den Auftrag erhalten habe, *„eine Liste einzureichen über die Besetzung der wichtigsten kommunalpolitischen Ämter in Frankfurt, Wiesbaden und Darmstadt sowie eine Liste wegen der Besetzung der damaligen DAF durch frühere Gewerkschafter“*. Für die künftige Frankfurter Stadtverwaltung habe er fast 50 geeignete Personen benennen können, für den Gewerkschaftsbereich in seiner Heimatstadt seien ca. 100 Vorschläge zusammengekommen. Gemäß Leuschners Direktive der weitestgehenden Entschriftlichung des Widerstandes - als Ausnahmen seien nochmals Mierendorffs Aufruf zur *„Sozialistischen Aktion“* sowie Bergsträssers Verfassungsentwurf erwähnt - ist es als wahrscheinlich anzusehen, daß diese „Personallisten“ nicht en détail niedergeschrieben, sondern en bloc als erstellt gemeldet wurden; nach dem Okay der „höheren Ebene“ werden sie sinnvollerweise im Kopf der örtlichen Entscheidungsträger „gespeichert“ geblieben sein, um dann im Bedarfsfall die Betroffenen heranzuziehen. Eine derart große Anzahl von Namen im Kopf zu bewahren, mutet schwieriger an, als es in Wirklichkeit ist. Die Bereitschaft mitzumachen sei stets nur im Einzelgespräch eruiert worden, ohne daß die Identität der jeweils anderen preisgegeben worden sei. Ob und wieviele Personen für Darmstadt und für Wiesbaden gefunden werden konnten, ist dem überlieferten Text nicht zu entnehmen.<sup>24</sup>

Wenn Knothe glaubte, den ihm erteilten Auftrag auch für diese beiden Städte übernehmen zu können, dann muß er auf alle Fälle dort über kompetente Kontakteleute verfügt haben, durch welche die in Frage kommenden Personen überhaupt erst hätten in Erfahrung gebracht werden können. In Darmstadt haben neben Zinnkann, Metzger und Bergsträsser mit Sicherheit Christian Stock, damals Tabakwarenhändler, der entlassene Oberschulrat Karl Friedrich, der Maler Hugo Parnicke, Daniel Müller, Gewerkschafter aus Griesheim, bis zu seinem Tod Anfang 1943 sogar der ehemalige Staatspräsident des Volksstaates Hessen Bernhard Adelung, dessen Sohn Hans sowie etliche andere zur Verfügung gestanden; auch hier blieben die diversen Personen und Diskussionszirkel bis zum Schluß weitgehend voneinander isoliert und hätten erst im entscheidenden Moment zusammengeführt werden sollen.<sup>25</sup>



## Zum Beispiel die Zentrale der Verschwörung in Wiesbaden

Wer mochte schließlich den zivilen Widerstandsstützpunkt in Wiesbaden, also im regionalen logistischen Zentrum der Militärverschwörung, gebildet haben? Durch Emil Henk ist lapidar überliefert, daß „die Widerstandsbewegung“ dort durch den „früheren Polizeidirektor Maschmeyer“ geleitet worden sei, dieser sei „ebenfalls ein Sozialist“ gewesen.<sup>26</sup> Heinrich Maschmeyer hat in den erhalten gebliebenen Quellen nur wenig Spuren hinterlassen: So ist über ihn eigentlich nur bekannt, daß er Anfang April 1933 „in Einzelhaft in das Amtsgerichtsgefängnis Osthofen verbracht“ worden war und zwölf Jahre später, am 10. Juni 1945, in Wiesbaden gestorben ist, nachdem er zuvor noch eine Weile im Ende März/Anfang April jenes Jahres als „Vertretung der antinationalsozialistischen Kräfte“ gebildeten örtlichen Aufbau-Ausschuß mitgewirkt hatte.<sup>27</sup> Seine Mitstreiter während des „Dritten Reiches“ lassen sich nicht mehr präzise ermitteln. Es wird sich jedoch schwerlich von der Hand weisen lassen, daß diese am ehesten in jenem Kreis zu suchen sind, durch den im Frühjahr 1945 die Reorganisation der Wiesbadener SPD in Angriff genommen wurde.

In den antinazistischen Kreisen, die sich in jenen Tagen daran machten, den Schutt des „Tausendjährigen Reiches“ beiseite zu räumen und die Grundlagen für den demokratischen Wiederaufbau zu schaffen, gab es quer durch alle politischen Richtungen die Übereinkunft: Nur solche Personen durften in politisch verantwortliche Positionen rücken, die in den Jahren unter der Diktatur ihre regimiefeindliche Haltung eindeutig unter Beweis gestellt hatten. So wird man in der Regel ohne Bedenken von den Demokraten der „allerersten Stunde“ auf deren antinazistisches Wirken in der Zeit zuvor schließen dürfen. Johannes Maaß jedenfalls, der bald nach seiner Rückkehr nach Wiesbaden Ende Mai 1945 die Leitung des Anti-Nazi-Bundes, der Keimzelle der örtlichen SPD, später auch den Vorsitz des Aufbau-Ausschusses, dann den des Bürgerrates Wiesbaden übernahm und der im Herbst 1945 zudem zum ersten Parteivorsitzenden der Wiesbadener SPD gewählt wurde, hatte sich bereits seit 1942 insgeheim mit der Erarbeitung umfangreicher reformpädagogischer Konzeptionen beschäftigt, relevant ausschließlich für die Zeit nach dem Ende der NS-Barbarei. Gewiß haben auch Max Meinhold, zuständig für die von den Nazis niemals enttarrte Geldsammelstelle der illegalen Wiesbadener Sozialdemokratie, ebenso Philipp Holl, Moritz Lang, Martin Nischalke, Emil Debusmann und etliche andere dieser Gruppe angehört. Weitere Mitwirkende aus Maschmeyers Widerstandsgruppe werden sich außerdem mit großer Wahrscheinlichkeit unter jenen befunden haben, die seit April 1945 daran gingen, dort die Gewerkschaftsbewegung auf neuer, einheitlicher Grundlage zu reorganisieren.<sup>28</sup>

## Ankoppelung auch ziviler bürgerlicher Widerstandskreise

Bleibt man, um die Einbindung der Wiesbadener Sozialdemokraten in Leuschners reichsweites Netzwerk von Vertrauensleutestützpunkten zu erhellen – außer bei Maschmeyer –, auf eine indirekte Beweisführung angewiesen, so lassen sich die Verbindungen eines lokalen Freundeskreises um den einstigen Liberaldemokraten Heinrich Roos und den Nervenarzt Dr. Friedrich Mörchen zum militärischen und zum zivilen bürgerlichen Flügel des „20. Juli“ unmittelbar belegen: Es handelte sich um eine lockere, aber ungemein rührige oppositionelle Gruppe, eine bürgerlich geprägte Solidargemeinschaft von mehr als 30 Personen, deren soziale Bandbreite vom Fabrikdirektor bis zum Gewerkschafter, vom Buchhändler über den Landwirt bis hin zu einem argentinischen Konsul reichte. Ihr politisches Spektrum umspannte früheres Zentrum, den Linksliberalismus sowie einige Vertreter der Sozialdemokratie; am Rande bestanden auch Kontakte zu Vertretern der örtlichen KPD. Ehemalige Parteimitglieder, Stadtverordnete und andere Funktionsträger der DDP/DStP dominierten freilich. Neben dem eigenen politischen „Überwintern“ gehörten u.a. die Beschaffung und Diskussion unterdrückter Nachrichten, das Sammeln von Geldern, Lebensmitteln und anderen Sachspenden zur Unterstützung Verfolgter, vor allem die Hilfe für verfolgte Juden, zu ihrem Tätigkeitsfeld. Über einen Kriminalkommissar und einen Telegrapheninspektor war man laufend über die Aktivitäten der Gestapo orientiert. Der Aufbau-Ausschuß Wiesbaden schließlich, der sich als überparteiliche, basisdemokratisch legitimierte Keimzelle des künftigen Stadtparlamentes begriff, wurzelte personell sehr stark in jenem Kreis.<sup>29</sup>

Hermann Kaiser, im Zivilberuf Studienrat in Wiesbaden, den die Verschwörer nach dem Umsturz zum Staatssekretär im Kultusministerium ernennen wollten, hatte – laut Aussage seines ebenfalls in den „20. Juli“ involvierten Bruders Ludwig Kaiser – als Kriegstagebuchführer im OKH auch „enge Beziehungen“ zur Göttinger Universität und gleichzeitig zum Stellvertretenden Generalkommando des XII. Armeekorps in Wiesbaden unterhalten; „in gewissen Zeitabständen“ habe dieser in beiden Städten „seine Vertrauensleute“ aufgesucht, „die er über die außen- und innenpolitische und militärische Lage unterrichtete“.<sup>30</sup> Wer diese Vertrauensleute im einzelnen waren, läßt sich für Wiesbaden zumindest in zwei Fällen nachweisen: So existiert ein Schreiben Hermann Kaisers an seinen Freund Rudolf von Ibell, Sohn des früheren Wiesbadener Oberbürgermeisters, vom 16. Juli 1944, das aus Sicherheitsgründen durch gemeinsame Bekannte persönlich überbracht worden war. Darin beziehen sich verschiedene verschlüsselte Bemerkungen auf das unmittelbar bevorstehende Attentat auf Hitler bzw. auf die hierzu zuvor unternommenen, jeweils wieder verschobenen Anläufe Stauffenbergs.<sup>31</sup> Auch der Kaufmann Ludwig

Schwenck, der in der Gruppe um Heinrich Roos engagiert war, ist stets in enger brieflicher und persönlicher Verbindung mit seinem „alten Freund“ Kaiser geblieben. Ein teilweise chiffrierter Briefwechsel aus dem Mai 1944 zeigt, daß Schwenck in die Umsturzvorbereitungen gleichfalls wenigstens informell einbezogen war.<sup>32</sup>

Und noch zwei weitere Verbindungen liefen vom Freundeskreis Roos zum „20. Juli“, beide zu Widerstandsgruppen der verbotenen christlichen bzw. katholischen Arbeiterbewegung: Erich Zimmermann, früher in Wiesbaden Sekretär bzw. Bezirksgeschäftsführer des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, einer an der DDP/DStP angelehnten Hirsch-Dunckerschen Richtungsgewerkschaft, hat nach dem Krieg bekannt, daß er während des „Dritten Reiches“ dem Widerstand um seinen Gewerkschaftskollegen Ernst Lemmer, um Jakob Kaiser, den führenden Repräsentanten der oppositionellen christlichen Gewerkschaftsrichtung, sowie um Julius Leber angehört habe.<sup>33</sup> Und ebenso hatte Ferdinand Grün, bis 1933 Sekretär des Bezirksverbandes der katholischen Arbeiter- und Männervereine, bereits seit den dreißiger Jahren von Wiesbaden aus Kontakt zu einer Widerstandsgruppe christlicher Gewerkschafter im Frankfurter Raum. Diese war später zumindest über die Kerngedanken der auf der „oberen Ebene“ geführten Neuordnungsdiskussionen und über die Absicht eines Umsturzes im Bilde. Die konspirative Verbindung führte dort von Josef Arndgen, vor 1933 u.a. Chef des christlichen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Hessen und Hessen-Nassau, zu dessen Freund Willi Richter<sup>34</sup>, Vertrauter Leuschners und Ludwig Schwambs. Genauso wie der Schulterschuß zwischen dem sozialdemokratischen Widerstand und jener Gruppe christlicher Gewerkschafter vollzogen war, dürfte Henks allgemeiner Hinweis auch für Wiesbaden Gültigkeit besessen haben, wonach zu guter Letzt auch „*einzelne andere politische Gruppen*“ an Leuschners „Apparat angeschlossen“ waren: „*Katholiken, Protestanten, Demokraten und da und dort auch Liberale*“.<sup>35</sup> Zumindest waren mit August Heinzmann und Martin Nischalke zwei hochkarätige illegale Sozialdemokraten in die Gruppe Roos integriert. Wenngleich diese – gemäß den Regeln konspirativer Absicherung – hierüber nicht notwendig informiert gewesen sein muß, spricht einiges dafür, daß beide als Vertreter Heinrich Maschmeyers fungierten.

Auch der Wiesbadener Kaufmann Walter Jentzsch hatte Anfang der 40er Jahre einen oppositionellen bürgerlichen Freundeskreis um sich versammelt, der u.a. aus dem Abhören sogenannter Feindsender bezogene Nachrichten austauschte und diskutierte. Nachdem er Jahre zuvor Fabian von Schlabrendorff kennengelernt hatte - berühmt durch seinen zusammen mit Henning von Tresckow am 13. März 1943 an der Ostfront unternommenen Attentatsversuch auf Hitler -, war man einige Zeit vor dem „20. Juli“ wieder an Jentzsch herangetreten und hatte ihm beschieden, er möge sich „*bereit halten*“. Ohne in die Umsturzpläne eingeweiht worden zu sein, war ihm sofort klar, daß ein An-

schlag auf Hitler unmittelbar bevorstehen müsse und dann „zahlreiche Leute für den Aufbau gebraucht“ würden. Fabian von Schlabrendorff hatte sich schon vor Kriegsausbruch eine Zeitlang als Rechtsanwalt in Wiesbaden niedergelassen. Nach dem Krieg hat er davon berichtet – leider ohne Nennung von Namen –, daß er ab Herbst 1933 gerade auch in Rheinhessen in zäher Kleinarbeit oppositionelle Zellen ins Leben gerufen und „der Oppositionsbewegung eingegliedert“ habe. Auf solche, teilweise bereits lange vorhandenen Widerstandsstrukturen griffen die Verschwörer des „20. Juli“ nun zurück. Das Scheitern der Aktion und die anschließende Verhaftungswelle veranlaßten Jentzsch, auf Tauchstation zu gehen. Erst Monate später kam die Gestapo auf die Spur seines Freundeskreises; Auslöser war ein „in wirtschaftlich gut gestellten Kreisen Wiesbadens umlaufendes Gerücht über einen neuen Anschlag auf den Führer“. Im März 1945 wurde Walter Jentzsch vom „Volksgerichtshof“ zum Tode verurteilt, nur der Einmarsch der Sowjets in Berlin bewahrte ihn und seine Gefährten vor den ihnen zudachten Strafen.<sup>36</sup>

Wie wichtig die wechselseitige Abschottung der einzelnen Widerstandsgruppen wirklich war, die eine künftige Verbindung einzig und allein durch wenige eingeweihte Kontaktpersonen gestattete, zeigte sich im Zuge der zentralen Verhaftungsaktion „Gewitter“ bzw. „Gitter“. Unabhängig davon, ob ihnen „im Augenblick etwas nachgewiesen ist oder nicht“, war vom Reichsführer-SS befohlen worden, am 22. August 1944 gleichzeitig „alle früheren Reichs- und Landtagsabgeordneten sowie Stadtverordneten der KPD und SPD und sämtliche ehemaligen Partei- und Gewerkschaftssekretäre der SPD im Reich festzunehmen“ und „in Schutzhaft zu nehmen“. Zwar waren die entsprechenden Listen bereits Jahre zuvor prophylaktisch angelegt worden, und auch hatte Hitler eine solche Aktion intern schon mehrfach avisiert, aber ihre Durchführung zum damaligen Zeitpunkt ist sicherlich im Zusammenhang damit zu sehen, daß die „Sonderkommission 20. Juli“ es nicht vermocht hatte, die zivile Basis der Verschwörung aufzudecken, von deren Existenz die Nazis aus den Verhören der verhafteten Frondeure vage wußten. Es wird geschätzt, daß reichsweit 6.000 bis 7.000 zumeist ältere und zum Teil kranke Menschen durch diese Verhaftungsaktion erfaßt wurden, die man schließlich sogar auf Funktionäre des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei ausdehnte. Die meisten wurden nach kurzer Zeit wieder auf freien Fuß gesetzt, viele kamen jedoch anschließend in KZ-Haft, wo etliche von ihnen ihr Leben lassen mußten.<sup>37</sup> Auch einige führende Funktionäre des politischen Widerstandes im Rhein-Main-Gebiet waren unter den Verhafteten, so z.B. Willy Knothe, Ferdinand Grün und Josef Arndgen. Keiner von ihnen hat sein Wissen um die zivilen Widerstandsstrukturen preisgegeben. Dies gilt auch für solche, die – wie Knothe und Jakob Steffan – sich zum Schein, vor allem um die Konspiration nicht zu gefährden, als V-Leute der Gestapo hatten anwerben lassen.

## Die oberste Führungsriege des „20. Juli“ gab ihre Mitstreiter nicht preis

Für die oberste Führungsriege des „20. Juli“ im Rhein-Main-Gebiet hielt das Schicksal unterschiedliche Fügungen bereit: Während es für Ludwig Schwamb und Hermann Kaiser keine Rettung gab – sie wurden zusammen mit acht weiteren Widerstandskämpfern am 23. Januar 1945 in Berlin-Plötzensee hingerichtet –, vermochte Bartholomäus Koßmann für sich Freispruch zu erwirken. Er hatte in sämtlichen Verhören darauf beharrt, er habe das an ihn herangetragene Ansinnen zurückgewiesen, sich nach einer möglichen „Regierungsumbildung“ als „politischer Berater“ beim „Generalkommando in Wiesbaden“ zur Verfügung zu stellen; mit der eisern durchgehaltenen Schutzbehauptung, er habe keine Ahnung gehabt, daß es sich am Ende um „Verratspläne“ gehandelt haben könnte, und wohl auch dank der Tatsache, daß ihn Nikolaus Groß, enger Mitstreiter von Bernhard Letterhaus aus dem Widerstandskreis der Katholischen Arbeiterbewegung im Kölner Ketteler-Haus, der ihn im Auftrag Jakob Kaisers angeworben hatte, nicht be-, sondern vielmehr entlastete, gelang es ihm, seinen Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Nach dem Krieg hat er sich als seit Anfang November 1943 dem Kreis um Carl Goerdeler zugehörig offenbart.<sup>38</sup> Auch Ludwig Schwamb und Wilhelm Leuschner haben – trotz schwerster Folter – in den Verhören nur solche Namen und Zusammenhänge bekannt, von denen die Ermittler ohnehin schon wußten, deren Leugnung also sinnlos gewesen wäre. Dadurch blieben viele ihrer Mitstreiter geschützt.

## Der „20. Juli“ zählt zu den Fundamenten unserer Demokratie

Viele derer, die in die zivilen Widerstandsstrukturen des „20. Juli“ im Bereich der heutigen Bundesländer Hessen und Rheinland-Pfalz aktiv eingebunden, aber unerkannt geblieben waren, konnten daher seit dem Frühjahr 1945 beim Aufbau einer zweiten Demokratie in Deutschland eine eminent wichtige Rolle spielen: so etwa Jakob Steffan als Regierungspräsident für Rheinhessen, später als Innenminister bzw. Arbeits- und Sozialminister von Rheinland-Pfalz, Ernst Doller zunächst als stellvertretender Oberregierungspräsident der Pfalz, dann als Landgerichtspräsident, Ludwig Bergsträsser als Präsident der Provinz Starkenburg, dann als Regierungspräsident in Darmstadt, Martin Nischalke zunächst als Regierungsvize-, dann gleichfalls als Regierungspräsident im Regierungsbezirk Wiesbaden, Heinrich Zinnkann als Hessischer Minister des Innern, stellvertretender Ministerpräsident bzw. als Präsident des Hessischen

Landtags, Ludwig Metzger als Oberbürgermeister von Darmstadt sowie Hessischer Minister für Erziehung und Volksbildung, Josef Arndgen als Hessischer Minister für Arbeit und Wohlfahrt, Christian Stock als erster gewählter Hessischer Ministerpräsident, Bartholomäus Koßmann als erster Vizepräsident des Saarländischen Landtags, Emil Henk als Dezernatsleiter für Erziehung und religiöse Fragen im Oberregierungspräsidium Mittelrhein-Saar, später als Landtagsabgeordneter in Baden-Württemberg, Anton Calujek als Vorsitzender des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes in Rheinhessen und rheinland-pfälzischer Landtagsabgeordneter, Willy Knothe als Bezirksvorsitzender der südhessischen und Landesvorsitzender der hessischen SPD, Willi Richter zunächst als Erster Landesvorsitzender des Freien Gewerkschaftsbundes Hessen, seit 1956 als Bundesvorsitzender des DGB, Alfred Freitag erneut als Bezirkssekretär der SPD in Rheinhessen – die Reihe ließe sich beliebig fortsetzen. Die oft gestellte Frage, ob der Widerstand nicht nur einen moralischen, sondern auch einen konkret politischen Sinn gehabt habe, beantwortet sich vor diesem Hintergrund von selbst.

---

### Anmerkungen

- <sup>1</sup> Lediglich in einem Reichsbahnausbesserungswerk in Mainz soll es zu einem spontanen Streik im Anschluß an den „20. Juli“ gekommen sein, vgl. den entsprechenden Hinweis bei: Karl Otmar Freiherr von Aretin: Der deutsche Widerstand gegen Hitler, in: ders. u.a.: Darmstadt und der 20. Juli 1944. Zehn Beiträge. Darmstadt 1974 (Darmstädter Schriften, 35), S. 7–38, hier: S. 36; in Mainz, einem der wichtigsten Verkehrsknotenpunkte, waren offenbar die Vorbereitungen zu einem Eisenbahnerstreik als Initialzündung für einen Generalstreik weit gediehen, vgl. hierzu den Hinweis bei: Emil Henk: Die Tragödie des 20. Juli 1944. Ein Beitrag zur politischen Vorgeschichte. 2., erw. Aufl. Heidelberg 1946, S. 49 f.; Wilhelm Leuschner muß übrigens schon 1938 einen solchen Versuch vorbereitet haben, vgl. die entsprechende Angabe bei: Allen Welsh Dulles: Verschwörung in Deutschland. Zürich 1948, S. 146; zumindest bis 1936 hatte der illegale Gau Hessen-Nassau der Widerstandsorganisation des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands noch über Stützpunkte in Darmstadt, Mainz, Rüsselsheim, Frankfurt, Wiesbaden, Bingen und Fulda verfügt, der Gau Pfalz-Baden war verankert in Ludwigshafen, Mannheim, Kaiserslautern, Neustadt a.d. Haardt, Worms, Speyer, Frankenthal, Schwetzingen und Karlsruhe, der V. Bezirk im „Westlichen Industriegebiet“ der Organisation hatte zudem Stützpunkte auf den Bahnlinien Köln-Koblenz-Trier und Gerolstein-Köln, d.h. außer in Köln in Koblenz, Bonn, Trier, Euskirchen, Königswinter, Engers, Ehrang und Mayen, vgl. dazu: Helmut Esters, Hans Pelger: Gewerkschafter im Widerstand. Mit einem forschungsgeschichtlichen Überblick von Alexandra Schlingensiepen. 2. Aufl. Bonn 1983, S. 40 ff. u. 68, Anm. 5.
- <sup>2</sup> Peter Hoffmann: Widerstand – Staatsstreich – Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler. 4., neu überarb. u. erg. Ausg. München, Zürich 1985, S. 453 ff.
- <sup>3</sup> Peter Hoffmann: Der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus, in: Hans-Erich Volkmann (Hrsg.): Ende des Dritten Reiches - Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine perspektivische Rückschau. München, Zürich 1995, S. 293–315, hier: S. 298; Dorothea Beck: Julius Leber. Sozialdemokrat zwischen Re-

- form und Widerstand. Einleitung von Willy Brandt. Berlin 1983, S. 186.
- 4 Hierzu neuerdings mit bemerkenswerter Distanz zu den Verzerrungen der früheren DDR-Historiographie: Kurt Finker: Der 20. Juli 1944. Militärputsch oder Revolution? Berlin 1994, S. 291–298.
  - 5 Hans Mommsen: Neuordnungspläne der Widerstandsbewegung des 20. Juli 1944, in: Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages (Hrsg.): 50. Jahrestag des Attentates vom 20. Juli 1944. Zum Gedenken an den Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft. Deutscher Bundestag. Bonn (Selbstverlag) 1994, S. 19–87; vgl. dazu auch: Hans Rothfels: Die deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung. Mit einer Einführung von Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen. Zürich 1994, S. 206–226, ebenso seine deutlichen Hinweise auf die Dominanz des zivilen, insbesondere des linksgerichteten Widerstandes, die im übrigen – fast ein halbes Jahrhundert nach Erscheinen der ersten Auflage seines Standardwerkes – noch immer zu keiner angemessenen Resonanz innerhalb der allgemeinen Rezeption des „20. Juli“ geführt haben, ebenda: S. 191–206.
  - 6 Finker (wie Anm. 4) S. 229–234; für den Fall des geglückten Attentats zur Verbreitung durch den Rundfunk vorgesehene Regierungserklärung von Beck und Goerdeler, abgedr. in: Lothar Bembek, Axel Ulrich: Widerstand und Verfolgung in Wiesbaden 1933–1945. Eine Dokumentation. Hrsg.: Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden – Stadtarchiv. Gießen 1990, S. 385–389.
  - 7 Hoffmann (wie Anm. 3) S. 300.
  - 8 Vgl. seinen Aufruf „Sozialistische Aktion“ aus dem Jahre 1943, abgedr. in: Richard Albrecht: Der militante Sozialdemokrat. Carlo Mierendorff 1897 bis 1943. Eine Biografie. Berlin, Bonn 1987, S. 222 ff.; vgl. dazu auch: Beck (wie Anm. 3) S. 186 ff.
  - 9 Elfriede Nebgen: Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1967, S. 186 ff.
  - 10 Friedrich Meinecke: Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen. 6. Aufl. Wiesbaden 1965, S. 150.
  - 11 Wie weit der angesprochene Grundkonsens noch 1945/46 reichte, ist am Beispiel Wiesbadens ausführlicher beschrieben in: Axel Ulrich: Demokratischer Neubeginn in Wiesbaden: von den antifaschistischen Bürgerausschüssen und den Anfängen der politischen Reorganisation, in: Konrad Schacht (Hrsg.): Hessen 1945. Demokratischer Neubeginn zwischen Utopie und Pragmatismus. Ergebnisse der Fachtagung der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung am 4. und 5. Mai 1995 in Wiesbaden. Wiesbaden (Selbstverlag: HLZ) o.J. (1996), S. 29–70.
  - 12 Wolfgang Benz (Hrsg.): Legenden, Lügen, Vorurteile. Ein Lexikon zur Zeitgeschichte. München 1990, S. 154; Hoffmann (wie Anm. 3) S. 294.
  - 13 In der älteren Literatur werden meist erheblich höhere Verhafteten- und Opferzahlen genannt, die sich jedoch durch neuere Forschungen als nicht verifizierbar erwiesen haben; vgl. dazu jetzt: Ulrike Hett, Johannes Tuchel: Die Reaktionen des NS-Staates auf den Umsturzversuch vom 20. Juli 1944, in: Peter Steinbach, Johannes Tuchel (Hrsg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Bonn (Selbstverlag) 1994 (Bundeszentrale für politische Bildung: Schriftenreihe, Bd. 323), S. 377–389, hier: S. 378 ff. u. 383 ff.; Ulrike Eich: Suizid - Volksgerichtshof - Standgerichte: Die Opfer des 20. Juli, in: Rudolf Lill, Heinrich Oberreuter (Hrsg.): 20. Juli. Porträts des Widerstands. Aktual. u. überarb. Neuausg. Düsseldorf, Wien 1994, S. 543–571; vgl. auch: Hoffmann (wie Anm. 2) S. 632–658, sowie den Zeitzeugenbericht von Rolf Italiaander über sein Verhör durch die „Sonderkommission 20. Juli“, in: Georg Holmsten: Deutschland Juli 1944. Soldaten, Zivilisten, Widerstandskämpfer. Bindlach 1990, S. 141 f.
  - 14 Ermittlungsbericht „Die konspirativen Methoden des Verschwörerkreises vom 20. Juli 1944“ des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, SS-Obergruppenführer und General der Polizei Ernst Kaltenbrunner an den Chef der Parteikanzlei, Reichsleiter Martin Bormann, vom 12. Dezember 1944, abgedr. bei: Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): „Spiegelbild einer Verschwörung“. Die Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944 in der SD-Berichterstattung. Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt. 2 Bde. Stuttgart 1984, hier: Bd. 1, S. 521 f.
  - 15 Das Fernschreiben belegt die ungeheure Hektik, die in der Kommandozentrale der Verschwörung in Berlin herrschte, durch etliche Flüchtigkeitsfehler: So war Koßmann kein Berufskollege Schwambs, sondern in der Versicherungswirtschaft tätig, Hermann Kaiser nicht für Wehrkreis XIII, sondern XII als „Verbindungsoffizier“ eingeplant. Als Faksimile abgedr. z.B. bei: Ulrich Cartarius: Opposition gegen Hitler. Ein erzählender Bildband. Mit einem Essay von Karl Otmar von Aretin. Berlin 1984, S. 249.
  - 16 Vgl. meine erste Zusammenstellung hierzu: Kontakte der hessischen Arbeiterbewegung zum „20. Juli 1944“, in: Axel Ulrich (Bearb. u. Red.): Hessische Gewerkschafter im Widerstand 1933–1945. Hrsg.:

- DGB-Bildungswerk Hessen u. Studienkreis zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des deutschen Widerstandes 1933–1945. 2. Aufl. Gießen 1984, S. 115–122. – Dazu auch vor allem auf Mitteldeutschland bezogene Hinweise bei: Finker (wie Anm. 4) S. 204–210.
- 17 Emil Schmidt: Internationale Arbeiterhilfe in Frankfurt, in: Ulrich (wie Anm. 16) S. 196–200, hier: S. 197; Heinrich G. Ritzel: Kurt Schumacher in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten. Reinbek bei Hamburg 1972, S. 32; vgl. dazu auch den denunziatorischen Bericht „Achtung SPD-Arbeiter! Der Verrat Eurer Führer geht noch weiter!“ in der RGO-Betriebszeitung „Scheinwerfer. Organ der Belegschaft der Verkehrsbetriebe Wiesbaden“ vom Mai 1933, der eindrucksvoll belegt, zu welcher „Solidarität“ die Kommunisten im Widerstand fähig waren, in: Bembenek, Ulrich (wie Anm. 6) S. 110 ff. – Zum Widerstand Leuschners, Schwambs, Richters, Knothes und anderer Sozialdemokraten in Hessen vgl.: Gerhard Beier: Wilhelm Leuschner und das Verbindungsnetz sozialistischer Vertrauensleute in Hessen, in: Peter Joachim Riedle (Hrsg.): Wiesbaden und der 20. Juli 1944. Beiträge von Gerhard Beier, Lothar Bembenek, Rolf Faber, Peter M. Kaiser und Axel Ulrich. Hrsg.: Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden – Stadtarchiv. Wiesbaden 1996 (Schriften des Stadtarchivs Wiesbaden, Bd. 5), S. 101–133.
- 18 Henk (wie Anm. 1) S. 49 ff.; vgl. dazu auch: Joachim G. Leithäuser: Wilhelm Leuschner. Ein Leben für die Republik. Köln 1962; Gerhard Beier: Willi Richter. Ein Leben für die soziale Neuordnung. Köln 1978, S. 144 ff.; Ulrich (wie Anm. 16); zu Frankfurt vgl. auch: Willy Knothe: Menschen und Aktionen um den 20. Juli! Zum Gedenken Wilhelm Leuschners! (Typoskript, Juli 1951. SPD-Bezirk Hessen-Süd. Materialsig. Christa Klammer); Hoffmann (wie Anm. 2) S. 422; Walter Mühlhausen: Eine Denkschrift für Wilhelm Leuschner – Ludwig Bergsträsser und die Widerstandsbewegung, in: Renate Knigge-Tesche, Axel Ulrich (Hrsg.): Verfolgung und Widerstand in Hessen 1933–1945. Frankfurt/M. 1996, S. 593–611; Ludwig Metzger: In guten und in schlechten Tagen. Berichte, Gedanken und Erkenntnisse aus der politischen Arbeit eines aktiven Christen und Sozialisten. Darmstadt 1980, S. 37 f. u. 66; Dieter Rebenitsch, Angelika Raab (Bearb.): Neu-Isenburg zwischen Anpassung und Widerstand. Dokumente über Lebensbedingungen und politisches Verhalten 1933–1945. Hrsg.: Magistrat der Stadt Neu-Isenburg. Neu-Isenburg 1978, S. 202 ff., 226 ff., 321, 329, 331 ff. u. 335; zu den Streikvorbereitungen in Mainz vgl. Anm. 1; Werner Link: Die Geschichte des Internationalen Jugend-Bundes (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK). Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Meisenheim am Glan 1964 (Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Bd. 1), S. 311; Gerhard Flämig: Hanau im Dritten Reich. Bd. II (1933–1945): Verfolgung und Widerstand. Hrsg.: Magistrat der Stadt Hanau u. Hanauer Geschichtsverein. Hanau (Selbstverlag) 1987, S. 263 ff.; Axel Ulrich: Für Frieden, Freiheit und demokratischen Sozialismus. Vor 50 Jahren: Wiedegründung der SPD in Hessen-Süd. Hrsg.: SPD-Bezirk Hessen-Süd. Frankfurt/M. (Selbstverlag) 1995, S. 9 ff.; Reinhold Lütgemeier-Davin: Hakenkreuz und Friedenstaube. „Der Fall Hein Herbers“ (1895–1968). Frankfurt/M. 1988, S. 286–300, hier: S. 291, 293, 295 u. 299; ders.: Gustav Kettel. Pazifist - Sozialist - Widerstandskämpfer (12. 3. 1903 – 21. 2. 1983). Bad Ems (Selbstverlag des Vereins für Geschichte/Denkmal- und Landschaftspflege, Bad Ems) 1988 (Bad Emser Hefte, Nr. 71), S. 16–27; Günther Gillissen: Auf verlorenem Posten. Die Frankfurter Zeitung im Dritten Reich. Berlin 1986, S. 174, 392, 394, 400 u. 500 ff., dazu auch: Beck (wie Anm. 3) S. 193.
- 19 Hoffmann (wie Anm. 2) S. 382 u. 439 f.
- 20 Vgl. Henks Kurzbiographie, in: Klaus Eisele: Die „Aktion Goerdeler“. Mitverschwörer des 20. Juli 1944 im deutschen Südwesten. Biographische Skizzen, in: Rudolf Lill, Michael Kißener (Hrsg.): 20. Juli 1944 in Baden und Württemberg. Konstanz 1994 (Portraits des Widerstands - Schriftenreihe der Karlsruher Forschungsstelle Widerstand gegen den Nationalsozialismus im deutschen Südwesten, Bd. 3), S. 155–207, hier: S. 179 f.; zu seinen illegalen politischen Aktivitäten vgl.: Erich Matthias, Hermann Weber u. a. (Hrsg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim. Mannheim 1984: siehe Register; Kurt Finker: Graf Moltke und der Kreisauer Kreis. Berlin 1993: siehe Register; vgl. auch: Richard Henk (Hrsg.): In Memoriam Emil Henk. 1893–1969. Erinnerungen seiner Freunde. Heidelberg 1970.
- 21 Als einzige erfreuliche Ausnahmen sind in diesem Zusammenhang der Aufsatz von Gerhard Beier über Leuschners sozialistisches Vertrauensleutenetz in Hessen (wie Anm. 17), seine Richter-Biographie (wie Anm. 18), die Monographie von Walter Mühlhausen über Ludwig Bergsträssers Widerstandsbeitrag (wie Anm. 18) sowie ein knapper Bericht auf der Basis einer Dokumentarsendung des Südwestfunks anlässlich des zehnten Jahrestages des „20. Juli“ mit Zeitzeugenbefragungen Henks, Bergsträssers, Steffans sowie von Elisabeth Schwamb, der Witwe des am 23. Januar 1945 hingerichteten Widerstandskämpfers, zu



- nennen: Anton Maria Keim: „Das Stichwort kam nicht . . .“. Zu den Ereignissen des 20. Juli 1944 im Rhein-Main-Raum, in: Mainz. Vierteljahrshefte für Kultur, Politik, Wirtschaft, Geschichte. Hrsg.: Stadt Mainz, 14. Jg., H. 3, 1994, S. 97–102; dazu grundlegend: Henk (wie Anm. 1) S. 49 ff.
- 22 Ulrich (wie Anm. 16); Materialslg. 20. Juli 1944, Ordner: Netz sozialistischer Vertrauensleute in Hessen [in Privatbesitz A. Ulrich].
- 23 Vgl. zum frühen SPD-Widerstand in Hessen: Axel Ulrich: Freiheit! Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold und der Kampf von Sozialdemokraten in Hessen gegen den Nationalsozialismus 1924–1938. Hrsg.: SPD-Bezirk Hessen-Süd u. Union-Druckerei und Verlagsanstalt. Frankfurt/M. 1988, S. 64. Viele Namen jener, die noch 1944 aktionsbereit waren, finden sich bereits ab 1933 in den ersten Widerstandsstrukturen; zu Willy Knothe am besten: Beier (wie Anm. 17) S. 117–121.
- 24 Knothe (wie Anm. 18).
- 25 Heinrich Pingel-Rollmann: Widerstand und Verfolgung in Darmstadt und in der Provinz Starkenburg 1933–1945. Hrsg.: Hessische Historische Kommission u. Historische Kommission für Hessen. Darmstadt, Marburg (Selbstverlag) 1985 (Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte, 54), S. 110 ff.; Mühlhausen (wie Anm. 18).
- 26 Henk (wie Anm. 1) S. 49.
- 27 Mainzer Tageszeitung, 6. April 1933, zitiert nach: Die Machtergreifung der Nationalsozialisten in Mainz. Eine Dokumentation. Quellenband zur Ausstellung der Stadt Mainz Januar bis März 1983. Bearb.: Friedrich Schütz. Mainz (Selbstverlag der Stadt Mainz) 1983, S. 271; Aufbau-Ausschuß Wiesbaden [Mitgliederliste, undatiert], Stadtarchiv Wiesbaden (StadtA WI) Best. NL 32 Nr. 47; Niederschrift über das Ergebnis der Vollsitzung des Aufbau-Ausschusses am 16. Juni 1945 im Sitzungssaal des Arbeitsamtes, in: StadtA WI A XIII b 101.
- 28 Zum Aufbau-Ausschuß Wiesbaden vgl.: Heike Glaser: Demokratischer Neubeginn in Wiesbaden. Aspekte des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbaus nach 1945. Hrsg.: Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden – Stadtarchiv. Wiesbaden 1995 (Schriften des Stadtarchivs Wiesbaden, Bd. 4), S. 85–101; dazu auch: Ulrich (wie Anm. 1) S. 37 ff.; zum Anti-Nazi-Bund vgl. den Bericht von Johannes Maaß über die ersten Anfänge demokratischen Lebens in der von den Amerikanern besetzten Stadt, in: Bembenek, Ulrich (wie Anm. 6) S. 434 f.; vgl. dazu auch meinen Beitrag über die Wurzeln der Wiedergründung der SPD im Widerstand gegen das NS-Regime, in: Klaus Kopp, Axel Ulrich: Für Freiheit, Demokratie und Sozialismus. Wiedergründung der SPD in Wiesbaden 1945/46. Hrsg.: SPD-Unterbezirk Wiesbaden in Zusammenarbeit mit der Historischen Kommission der SPD im Unterbezirk Wiesbaden. Wiesbaden (Selbstverlag) 1995, S. 4-15; Axel Ulrich: Hinweise auf illegale Aktivitäten von Johannes Maaß während der NS-Zeit [Typoskript, 1996], in: Mappe Johannes Maaß [in Privatbesitz A. Ulrich]; Axel Ulrich: Ein neues Leben beginnt! Die Gründung der Demokratischen Einheitsgewerkschaft Wiesbaden. Hrsg.: DGB Wiesbaden-Rheingau-Taunus zum 50. Jahrestag der Gründung. Wiesbaden (Selbstverlag) 1995.
- 29 Heinrich Roos über den Widerstand eines bürgerlich-demokratischen Freundeskreises, in: Bembenek, Ulrich (wie Anm. 6) S. 186–192, hier: S. 187; Mappe 20. Juli 1944 in Wiesbaden, neues Material [in Privatbesitz A. Ulrich]; vgl. dazu auch: Hedwig Brüchert-Schunk: Beispiele bürgerlichen Widerstandes in Hessen: Der Freundeskreis Heinrich Roos in Wiesbaden und der Kaufmann-Will-Kreis in Gießen, in: Knigge-Tesche, Ulrich (wie Anm. 18) S. 508–524, hier: S. 509–515.
- 30 Zitiert nach: Peter M. Kaiser: Anmerkungen zu Hermann Kaiser, in: Hessische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Republik, Diktatur und Wiederaufbau. Hessische Persönlichkeiten des 20. Jahrhunderts. Wiesbaden (Selbstverlag) o.J. (1995) (Kleine Schriftenreihe zur hessischen Landeskunde, 4), S. 55–60, hier: S. 57; ders.: Über Hermann Kaiser, in: Riedle (wie Anm. 17) S. 83–100; zu Kaiser vgl. vor allem auch: Ger van Roon: Hermann Kaiser und der deutsche Widerstand, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 24. Jg., 1976, S. 259–286; Bembenek, Ulrich (wie Anm. 6) S. 389–405.
- 31 Abgedr. in: Bembenek, Ulrich (wie Anm. 6) S. 395 f.
- 32 StadtA WI A III 52; abgedr. als Dok. 14 u. 15 bei: Riedle (wie Anm. 17), S. 259 ff.
- 33 Wiesbadener Tagblatt, 11. Mai 1960; Roos (wie Anm. 29) S. 188.
- 34 Bembenek, Ulrich (wie Anm. 6) S. 105–110; Roos (wie Anm. 29) S. 187; Axel Ulrich: Verfolgung und Widerstand christlicher Gewerkschafter im Rhein-Main-Gebiet während der NS-Diktatur, in: Nassauische Annalen. Jahrbuch des Vereins für nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung, Bd. 101, 1990, S. 185–198, hier vor allem: S. 193 ff. u. 196 f.

- <sup>35</sup> Henk (wie Anm. 1) S. 48.
- <sup>36</sup> Valerie von Rosen: „Propagandist im Dienste der Feinde des deutschen Volks“. Walter Jentzsch machte keinen Hehl aus seiner Abneigung gegen die Nazis. Todesstrafe wegen „Wehrkraftzersetzung“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 273, 25. November 1991; Fabian von Schlabrendorff: Offiziere gegen Hitler. Neue, durchges. u. erw. Ausg. von Walter Bußmann. Nach der Edition von Gero v. Gaevernitz. Berlin 1984, S. 27 u. 64 ff.; zur Situation in Wiesbaden ausführlicher mein Aufsatz: Der „20. Juli 1944“ und seine Verbindungen nach Wiesbaden, in: Riedle (wie Anm. 17) S. 11–16, hier bes.: S. 37 ff.
- <sup>37</sup> Vgl. den Auszug aus dem geheimen Befehl des Reichsführers-SS Heinrich Himmler zur zentralen Durchführung der Aktion „Gewitter“ durch die Gestapo vom 19. August 1944, abgedr. in: Bembenek, Ulrich (wie Anm. 6) S. 416; Heit, Tuchel (wie Anm. 13) S. 382 ff.; Heinz Leiwig: Letzte Demokraten und Antifaschisten wurden bei Gestapo-Aktionen „Gitter“ und „Dom 23“ verhaftet. Im August vor 50 Jahren. Aus den Akten der Geheimen Staatspolizei Mainz. Dokumentation, in: Mainz. Vierteljahreshefte für Kultur, Politik, Wirtschaft, Geschichte. Hrsg.: Stadt Mainz, 14. Jg., H. 4, 1994, S. 44–51.
- <sup>38</sup> Vgl. das Porträt Koßmanns in: Klaus-Michael Mallmann, Gerhard Paul: Das zersplitterte Nein. Saarländer gegen Hitler. Widerstand und Verweigerung im Saarland 1935–1945: Bd. 1. Hrsg.: Hans-Walter Herrmann. Bonn 1989, S. 137–145; vgl. hierzu auch das Urteil des „Volksgerichtshofs“ gegen Wilhelm zur Nieden, Walter Maschke und Bartholomäus Koßmann vom 15. Januar 1945, in: Jacobsen (wie Anm. 14), hier: Bd. 2, S. 795 ff.

## Der Autor

Axel Ulrich, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Stadtarchivs und der KZ-Gedenkstätte „Unter den Eichen“ in Wiesbaden.

Zahlreiche Veröffentlichungen zum politischen Widerstand gegen das NS-Regime sowie zum demokratischen Neubeginn in Hessen, z. B.: (Bearb.): Hessische Gewerkschafter im Widerstand 1933-1945 (1983); Freiheit! Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold und der Kampf von Sozialdemokraten in Hessen gegen den Nationalsozialismus 1924-1945 (1988); Verfolgung und Widerstand christlicher Gewerkschafter im Rhein-Main-Gebiet während der NS-Diktatur (1990); zusammen mit Lothar Bembenek (Hrsg.): Widerstand und Verfolgung in Wiesbaden 1933-1945. Eine Dokumentation (1990); zusammen mit Bärbel Maul: Das KZ-Außenkommando „Unter den Eichen“ (1995); Ein neues Leben beginnt! Die Gründung der Demokratischen Einheitsgewerkschaft Wiesbaden (1995); Demokratischer Neubeginn in Wiesbaden: von den antifaschistischen Bürgerausschüssen und den Anfängen der politischen Reorganisation (1996); zusammen mit Renate Knigge-Tesche (Hrsg.): Verfolgung und Widerstand in Hessen 1933-1945 (1996).

# POLIS

---

*In dieser Reihe sind noch erhältlich:*

7 Annette Kuhn,  
Frauen im Nationalsozialismus. Die Täterschaft deutscher Frauen im NS-System – Traditionen, Dimensionen, Wandlungen.

Helga Grebing /  
Christl Wickert  
Widerstandsarbeit von Frauen gegen den Nationalsozialismus.

10 Jochen August  
Annäherung an Auschwitz  
Ein Versuch.

14 Mechtild M. Jansen  
und Regine Walch,  
Frauen auf dem Land.

16 Knut Philipps  
Zwischen allen Stühlen.  
Aktionskunst gegen  
Fremdenfeindlichkeit.

17 Mechtild M. Jansen /  
Regine Walch (Hrsg.)  
Familienleben heute. Für  
Frauen eine Rolle vorwärts –  
eine Rolle rückwärts.

18 Susanne Nowak  
„Learning by Doing“  
in Ökoland.  
Erfahrungen mit den Möglichkeiten  
des computer-gestützten, interaktiven  
Planspiels OEKOWI.

19 Wolfgang Ayaß /  
Dietfried Krause-Vilmar,  
Mit Argumenten gegen die  
Holocaust-Leugnung.  
Die Leugnung der national-  
sozialistischen Massenmorde  
als Herausforderung für  
Wissenschaft u. politische  
Bildung.

20 Thomas Ewald /  
Hans-Gerd Jaschke /  
Hartmut Zinser,  
Esoterik und New Age –  
Herausforderungen an die  
Jugend- und Erwachsenen-  
bildung.

21 Mechtild M. Jansen /  
Regine Walch (Hrsg.)  
Backlash? Antworten  
aus der Praxis.  
Über die Barrieren von  
Veränderung und Strategien  
ihrer Überwindung.

22 Manuela Casselmann  
Modell ökologischer  
Wissens in der Umweltpolitik.  
Die gesellschaftliche  
Konstruktion von Natur als  
kognitive Deutung,  
moralische Bewertung und  
Ergebnis des Umgangs mit  
Umweltinformationen.

Die Hefte sind zu beziehen bei:  
Hessische Landeszentrale  
für politische Bildung  
Rheinbahnstraße 2, 65185 Wiesbaden  
Postfach 32 20, 65022 Wiesbaden  
Tel.: 06 11 / 9 91 97-34  
Fax: 06 11 / 9 91 97-44

(Bestellungen bitte schriftlich)